

16. Oktober 2015

www.kas.de/polen

Polen vor der Wahl

Am 25. Oktober 2015 sind rund 30,6 Millionen Polen aus dem In- und Ausland dazu aufgerufen, 460 Sejmabgeordnete und 100 Senatoren neu zu wählen. Während sich vor vier Jahren die Regierungspartei PO und die oppositionelle PiS vor den Wahlen ein demoskopisches Kopf-an-Kopf-Rennen lieferten, sprechen die Umfragen nunmehr eine andere Sprache: sie dokumentieren eine politische Wechselstimmung, auf deren Basis schon in diesem Frühjahr der PiS-Kandidat Andrzej Duda die Präsidentschaftswahl für sich hatte entscheiden können. Möglicherweise steht Polen nunmehr vor einem wirklichen politischen Wechsel.

Ausgangslage: PO in der Defensive

Bei den letzten Parlamentswahlen am 9. Oktober 2011 war der Bürgerplattform (PO) unter dem damals amtierenden Ministerpräsidenten Donald Tusk ein historischer Sieg gelungen. Zum ersten Mal hatte sich im demokratischen Polen eine Regierung bei den Parlamentswahlen behaupten und die Arbeit in einer zweiten Amtszeit fortsetzen können. Die beiden EVP-Parteien PO und ihr kleinerer Partner, die sogenannte Bauernpartei PSL, schienen Garanten für die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung Polens während der vergangenen Jahre zu sein und den Umgang mit der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise erfolgreich managen zu können. Viel Lob und Anerkennung im In- und Ausland hatte der Regierung Tusk zudem ihr konstruktiver, europafreundlicher Kurs eingebracht, den die Wähler 2011 nicht in Gefahr bringen wollten. Alles in allem schien es nach dem Wahlerfolg von vor

vier Jahren – die PO hatte mit 39,18% der Stimmen immerhin knapp 9% vor der Konkurrentin PiS gelegen – lange Zeit so, als könne sich die Bürgerplattform dauerhaft die Vormachtstellung gegenüber der nationalkonservativen Konkurrenz sichern. Dies war einerseits auf die genannten Erfolge der Regierungstätigkeit zurückzuführen. Hinzu kam, dass sich viele Menschen in Polen nicht gerne an die Regierungszeit der PiS in den Jahren 2005 bis 2007 erinnerten, als die Nationalkonservativen mit ihren Versuchen, Staat und Gesellschaft in Polen nach ihren Vorstellungen umzumodeln das Land tief gespalten und mit ihrem national bestimmten Auftreten gegenüber den europäischen Partnern isoliert hatten. Doch offenbar versetzt die Erinnerung an vergangene Zeiten die potentielle Wählerschaft im Oktober 2015 nicht mehr in großen Schrecken. Es gibt kaum ein Umfrageinstitut, das die PiS nicht deutlich, teilweise mit zehn oder gar mehr Prozentpunkten, gegenüber der PO im Vorsprung sieht. Die Umfragen dokumentieren dies seit Monaten und belegen, dass sich die PO in der Dauerdefensive befindet. Rückblickend gelangte sie in diese Situation im Frühsommer 2014, als ein Abhörskandal ranghohe Mitglieder und Funktionsträger der Regierung Tusk desavouierte. Die schrittweise, für die PO stets zur Unzeit, wie ein Wiedergänger erscheinenden Mitschnitte der bis heute ungeklärten Abhöraktionen haben das Ansehen der Regierung stark beschädigt. Es waren vor allem die teilweise vulgäre Sprache und der zynische Blick der Protagonisten des Skandals auf Staat und Gesellschaft, die zum Ansehens-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO POLEN
DR. CHRISTIAN SCHMITZ

16. Oktober 2015

www.kas.de/polen

verlust führten. Dieser Widerspruch zwischen Schein und Sein, zwischen vorgeblicher Seriosität und unlauterem Gebaren nutzte der Opposition, während die Regierung von Ewa Kopacz nach dem Wechsel von Donald Tusk nach Brüssel kaum mehr zur Ruhe kam. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2015 mit Andrzej Duda als Sieger war ein enormer Prestigegewinn für die PiS, während die PO die eigene Gefolgschaft nicht ausreichend für den im Grunde hoch angesehenen Amtsinhaber Bronisław Komorowski hatte mobilisieren können. Somit ist die PO mit dem Rücken zur Wand in den Wahlkampf gestartet und es ist spürbar, dass sich in ihren Reihen eine gewisse Mutlosigkeit breitgemacht hat.

Der Wahlkampf

Es ist ein Kontinuum polnischer Innenpolitik, dass der Hauptwahlkampf von den Kontrahenten PO und PiS bestritten wird. Hier ringt schon traditionell das weltoffenere, liberale und gemäßigt konservative Milieu mit dem nationalkonservativen und traditionalistischen Polen um die politische Vormachtstellung. Als Spitzenkandidatinnen stehen sich dabei Regierungschefin Ewa Kopacz und für die PiS Beata Szydło gegenüber. Letztere hatte die Präsidentschaftskampagne von Andrzej Duda im Frühjahr so erfolgreich gemanagt, dass sie von Parteichef Jarosław Kaczyński für die Rolle der Herausforderin von Ewa Kopacz erwählt wurde. Über ihrer Kandidatur schwebt seitdem die Frage, wie unabhängig von ihrem Mentor sie im Falle eines Wahlsieges würde agieren können und ob sie diesem nicht nach einer „Anstandsfrist“ Platz im Amt des Premierministers machen müsste. Ähnlich war zu Beginn der letzten PiS-Regierung schon einmal verfahren worden, als Regierungschef Marcinkiewicz nach nur acht Monaten Parteichef Kaczyński Platz machen musste. Entsprechende Spekulationen mit Blick auf die Kandidatin Szydło sind daher weder aus der Luft gegriffen noch bisher von ihr dementiert worden.

Thematisch wurde der Wahlkampf zunächst von der *Flüchtlingskrise* dominiert, an der

sich seit Ende August eine breite, emotional und kontrovers geführte Diskussion entzündet hat. Die PiS hat in dieser Diskussion Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit für sich instrumentalisiert und befeuert. Jarosław Kaczyński hielt z.B. eine vielbeachtete Brandrede vor dem Sejm, in der er den Untergang des Abendlandes heraufbeschwor, die Regierung beschuldigte, sie wolle Menschen aufnehmen, die Kirchen beschmutzen, Deutschland vorwarf, den Mechanismus geschaffen zu haben, der die Flüchtlingsströme anziehe, das Problem sei mithin ein deutsches Problem u.s.w. Die Kandidatin Szydło trat zwar gemäßigter auf, aber auch sie warf etwa Deutschland vor, es wolle mit seinem Vorgehen Europa erpressen. So widersetzte sich die PiS in der Flüchtlingsdiskussion konsequent jeglichen Appellen zu europäischer Solidarität, wie sie etwa von der führenden liberalen Tageszeitung Gazeta Wyborcza und 40 weiteren Medien in einer großen Kampagne lanciert wurden. Das Credo der PiS in der Flüchtlingsfrage lautete zusammengefasst vielmehr: Hilfe an Bedürftige ja, wie auch immer, jedenfalls nicht in Polen, am besten vor Ort, wo die Flüchtlinge herkommen. Darüber hinaus lehnt die PiS feste Quoten bei der Flüchtlingsübernahme ab. Die Position der PiS in der Flüchtlingsfrage trifft in Polen allerdings auf einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt. Die Anhänger von PO und PiS stehen sich hier ausnahmsweise einmal nicht unversöhnlich gegenüber, sondern ein Gefühl der Ablehnung vereint sie. So sprechen sich nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts ARIADNA vom 18.09.15 68% der PiS- und 66% der PO-Anhänger dagegen aus, muslimische Flüchtlinge in Polen aufzunehmen. Die Regierung Kopacz wusste dies natürlich, als sie auf dem Brüsseler Flüchtlingsgipfel im September aus der Blockadefront der Visegrad-Staaten aussicherte und der Aufnahme von Flüchtlingen zustimmte, dies aber an Bedingungen knüpfte. Selbst mit diesem eher bescheidenen Zugeständnis an die Erfordernisse europäischer Solidarität musste die PO

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO POLEN
DR. CHRISTIAN SCHMITZ

16. Oktober 2015

www.kas.de/polen

in Kauf nehmen, im Wahlkampf weiter ins Hintertreffen zu geraten.

Es ist charakteristisch für den polnischen Wahlkampf 2015, dass die Regierungspartei die Kampagne aus der Defensive heraus führt, während die oppositionelle PiS die Themen setzt und das Gesamtbild bestimmt. Dabei führte sie die Strategie des Präsidentschaftswahlkampfes fort, stellt Polen als „ein Land in Ruinen“ dar, das niedergewirtschaftet wurde von einer unfähigen und verantwortungslosen „Führungsclique“ und nun von aufrichtigen und fähigen Kräften wieder aufgepäppelt werden soll. Diesem Narrativ folgend lautet der zentrale Wahlslogan der PiS „Damy radę – Wir kriegen das hin“. Darüber hinaus wurde ein ganzer Korb von Wahlversprechungen präsentiert, nach eigenem Bekunden „für jeden etwas dabei“, die Polen teuer zu stehen kommen können, da ihre Finanzierung, etwa 39 Milliarden PLN, weitgehend unklar bleibt. Hierzu gehören z.B. die Rücknahme der Erhöhung des Renteneintritts für Männer und Frauen, steuerliche Begünstigungen für Familien, eine Erhöhung des Steuerfreibetrages, die Herabsetzung der Unternehmenssteuer für Kleinunternehmen, Investitionserleichterungen für Unternehmen, die polnische Technologien in ihren Betrieben einsetzen, Versicherungsvergünstigungen für Landwirte, die Schaffung von 1,2 Millionen neuen Arbeitsplätzen für junge Arbeitssuchende und die kostenlose Arzneimittelabgabe für Senioren über 75 Jahren. Die Bürgerplattform nutzt demgegenüber ihre kampagnentechnischen Möglichkeiten, um das schiefe Bild eines Landes in Ruinen wieder gerade zu rücken und die Wahlversprechen des politischen Gegners als „Weg zur griechischen Tragödie“ darzustellen. „Ja. Es geht um Eure Zukunft – Tak. Chodzi o waszą przyszłość!“ lautet das zentrale Motto und der meistgesendete Kampagnenspot der PO. Er zeigt Polen als ein schönes Land, das keineswegs in Schutt und Asche liegt, dem nur noch höhere Löhne und ein transparentes und verständliches Steuersystem fehlen, damit alles stimmt. Bei weiteren

Wahlversprechen gibt sich die PO zurückhaltend, verweist auf die relativ gute gesamtwirtschaftliche Situation des Landes, möchte einen einheitlichen Steuersatz und die Herabsetzung der Mehrwertsteuer von 23 auf 22%, ist sich mit der PiS einig, dass es künftig einen Mindestlohn von 12 Zloty, etwa 3 Euro pro Stunde geben soll und will die nationale Sicherheit stärken. Die Bürgerplattform betont ferner im Wahlkampf dezidiert ihren europafreundlichen Kurs und ihr Interesse an einer starken Europäischen Union.

Insgesamt bot der bisherige polnische Wahlkampf den Wahlberechtigten durchaus die Möglichkeit, sich zu orientieren und mit den Positionen der Hauptkonkurrenten auseinander zu setzen. Entscheidend wird die letzte Wahlkampfwoche sein, in der sich viele Menschen erst mit der bevorstehenden Wahl befassen und sich hinsichtlich ihrer Präferenzen festlegen. Die beiden Fernsehduelle, eines zwischen Premierministerin Kopacz und ihrer Herausforderin Szydło, ein weiteres mit den Vorsitzenden der kleineren Parteien, finden ebenfalls in der letzten Wahlkampfwoche statt. Diese war in Polen übrigens mitunter für Überraschungen gut. So vermuteten im Oktober 2011 viele Beobachter in der auch damals oppositionellen PiS den klaren Wahlsieger. Es kam bekanntlich anders, nicht zuletzt, weil der Herausforderer Kaczyński plötzlich in antideutsche Rhetorik verfiel und die Bundeskanzlerin öffentlich in Verbindung mit der Stasi brachte. Damit hatte er, der bis dahin zurückhaltend und um Sympathie bemüht aufgetreten war, für viele Wähler die Maske gezogen und die Glaubwürdigkeit verloren. Eine ähnliche Situation deutet sich gegen Ende des aktuellen Wahlkampfes zumindest an. Auch dieses Mal war die PiS insgesamt um ein gemäßigtes Auftreten bemüht, die Kampagne ähnelte eher einer Abfolge von Happenings und „Prezes“ Kaczyński hielt sich nicht nur weise zurück, er ließ sogar einer Dame den Vortritt. Diese Deckung verließ er erstmals mit der oben erwähnten Brandrede zur Flüchtlingsfrage vor dem Sejm Mitte Sep-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO POLEN
DR. CHRISTIAN SCHMITZ

16. Oktober 2015

www.kas.de/polen

tember, über die sich auch viele Beobachter beschämt äußerten. Nun, zehn Tage vor der Wahl, legte Kaczyński nach und behauptete öffentlich, Flüchtlinge würden Bakterien und Parasiten nach Polen einschleppen. Selbst die mitunter durchaus der PiS zuneigende Tageszeitung Rzeczpospolita kommentierte dies als eine kalte Dusche für alle jene, die an einen Wandel in der PiS hin zu einer gemäßigten Rechten geglaubt hätten. Auch wenn Jarosław Kaczyński mit derartigen Äußerungen kaum seine eigene Wählerschaft verschrecken kann, werden sie womöglich seine Gegner mobilisieren, in größerer Zahl die Wahlurnen aufzusuchen. Angesichts des anhaltenden Dauertiefs, in dem die PO in den Umfragen verharrt, wird wiederum eine höhere Wahlbeteiligung vor allem den kleineren Parteien, die um einen Einzug in den Sejm kämpfen, von Nutzen sein.

Kleinere Parteien

Die schwächeren politischen Kräfte werden naturgemäß mit der Fragestellung beobachtet, ob und für wen sie Mehrheitsbeschaffer sein können. Hinzu kommt als Charakteristikum des polnischen Parteiensystems, dass die politische Konjunktur stets mindestens eine Protestpartei oder Bewegung hervorbringt, die (vorübergehend) in das antagonistische Spiel von PO und PiS eingreifen kann. Vor diesem Hintergrund hat sich gegenüber 2011 die Situation etwas geändert. Die Protestbewegung des Janusz Palikot, die bei der letzten Wahl überraschend 10% der Stimmen gewinnen konnte, ist inzwischen bedeutungslos geworden, während sich neue Protest-Sammlungsbewegungen um den Polit-Exzentriker Janusz Korwin-Mikke und den ehemaligen Rockstar Paweł Kukiz gruppiert haben. Mit der sogenannten „Moderne – Nowoczesna“ gibt es gegenüber 2011 nun auch eine seriöse Parteineugründung im wirtschaftsliberalen, bürgerlichen Milieu, die ebenso wie die genannten Protestbewegungen auf einen Einzug in den neuen Sejm hoffen kann. Die Liste der Akteure im Parteienspektrum wird schließlich komplett mit dem derzeitigen Koalitionspartner der PO, der Bauernpartei PSL, die

auch Mitglied in der EVP ist und schließlich der Vereinigten Linken ZL, für die als Parteienbündnis allerdings nicht die Fünfprozent- sondern die Achtprozenthürde gilt. Allen genannten kleineren politischen Kräften im polnischen Parteienspektrum ist der (knappe) Einzug ins Parlament möglich, aber nicht sicher.

Koalitionsoptionen und Ausblick

Gut eine Woche vor den polnischen Parlamentswahlen ist die Ausgangssituation eine andere als vor vier Jahren. Das Patt im Dauerantagonismus zwischen PO und PiS scheint sich aufgelöst zu haben. Die Regierungspartei PO ist klar in der Defensive und liegt seit Monaten in den allermeisten Umfragen, bis auf die im Anhang dargestellte CEBOS-Erhebung, deutlich, mit bis zu zehn Prozentpunkten hinter der oppositionellen PiS. Die politische Wechselstimmung in Polen gibt der PiS mächtig Rückenwind, so dass es nur wenig Raum für Zweifel an ihrem Wahlsieg am 25. Oktober gibt. Eine andere Frage ist, ob sie auch in der Lage sein wird, die nächste Regierung zu stellen oder anzuführen. Möglicherweise wird man auf diese Frage erst eine Antwort geben können, wenn am 26. oder 27. Oktober alle Stimmen ausgezählt sind und klar ist, wie viele und welche der kleineren Parteien den Sprung in den Sejm geschafft haben. Je nach Kräftekonstellation wird dann theoretisch auch die PO in der Lage sein, als zweitstärkste politische Kraft eine Mehrparteienkoalition, z.B. aus PO, Nowoczesna und Vereinigter Linken anzuführen. Ein derartiges Szenario ist allerdings nur dann realistisch vorstellbar, wenn weitere Bedingungen erfüllt sind. Es müsste seitens der Akteure ein Bruch mit der bisherigen parlamentarischen Tradition in Polen stattfinden, wonach der stärksten Partei auch das Recht auf die Übernahme der Regierungsverantwortung zusteht. Weiterhin müsste die PiS mit dem Versuch scheitern, ihrerseits einen Koalitionspartner zur Sicherung der Regierungsmehrheit zu finden. Vor diesem Hintergrund ist es nicht unwichtig zu wissen, dass die Bauernpartei PSL, bisher Koalitionspartner

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO POLEN
DR. CHRISTIAN SCHMITZ

16. Oktober 2015

www.kas.de/polen

der PO, eine künftige Koalition mit der PiS ausdrücklich nicht ausgeschlossen hat.

Alles in allem spricht derzeit manches dafür, dass in Polen die PiS ihre Konkurrentin PO bald in der Regierungsverantwortung ablösen wird. Derartige Wechsel gehören zum Wesen der Demokratie, und es gibt manche Stimmen in Polen, die davor warnen, die PiS könne in Gestalt einer übermächtigen Opposition gegenüber einer schwachen Regierung die gesellschaftliche Spaltung des Landes noch weiter vertiefen. Besser sei es, wenn PiS sich in der Regierung beweise und die Gelegenheit erhalte, sich von Kulturkampf-Parolen und liebevoll gehegten Feindbildern zu verabschieden. Ob man hierauf hoffen darf? Wie dem auch sei: Polen steht am 25. Oktober 2015 vor der Wahl.

Anhang: Übersicht jüngster Umfragewerte

Partei	Millward Brown SA für TVN, 21.09.15	CBOS, 24.09.15	IPSOS für TVP, 25.09.15	IBRiS für Radio ZET, 02.10.15	Millward Brown SA für TVN, 04.10.15	IBRiS für Rzeczpospolita, 06.10.15	IBRiS für O-NET, 07.10.15	IPSOS für TVP, 09.10.15	Durchschnitt
PiS	33 %	34 %	38 %	35,6 %	32 %	34 %	33,4 %	36 %	34,5 %
PO	22 %	30 %	26 %	23,2 %	22 %	24 %	23,8 %	25 %	24,5 %
Zjednoczona Lewica	8 %	5 %	5 %	9,3 %	12 %	10 %	9,5 %	8 %	8,4 %
Nowoczesna	6 %	6 %	6 %	8,1 %	6 %	9 %	9,3 %	5 %	6,9 %
KUKIZ'15	5 %	7 %	7 %	7,0 %	7 %	8 %	5,8 %	7 %	6,7 %
PSL	6 %	5 %	6 %	6,2 %	4 %	6 %	6,6 %	6 %	5,7 %
KORWIN	7 %	4 %	3 %	2,5 %	5 %	3 %	3,2 %	3 %	3,8 %
Sonstige	13 %	9 %	9 %	8,0 %	12 %	6 %	6 %	10 %	9,1 %